

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilen.

Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 258-15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Zep.

Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Die Höhe des Arbeitslohnes hängt weniger von der zahlenmäßigen Geldmenge ab, die der Arbeiter für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhält, als von dem, was sich der Arbeiter für seinen Lohn kaufen kann. Wir haben es in der Inflationszeit erlebt, wie gering die Kaufkraft der in die Milliarden und Billionen gehenden Tage- und Stundenlöhne war, die der Arbeiter damals erzielte, wie erschreckend gering die Warenmenge war, die er sich für die mit ungeheuren Zahlen bedruckten Papiergeldscheine kaufen konnte. Aber auch in der Zeit der stabilen Währung ist die Kaufkraft einer bestimmten Summe Geldes keine gleichbleibende Größe. Durch jede Preisschwankung, insbesondere auf dem Markte derjenigen Waren, die der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt notwendig braucht, wird die Kaufkraft des Lohnes verändert. Leider läuft es gegenwärtig in der Praxis meistens so, daß fast jede Preisveränderung sich nach oben bewegt. Das, was der Arbeiter kaufen muß, wird immer teurer, felsen billiger. Werfen wir einen Blick auf die Indexbewegungen, die von dem statistischen Reichsamte als Maßstab für die Preisveränderungen berechnet werden, so sehen wir eine langsame aber ständige Verfeuerung des Lebensunterhaltes in den letzten zwei Jahren:

Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten. (1913/14 = 100.)

	Januar 1925	Januar 1926	Januar 1927	Mai 1927
Gesamtlebenshaltung	134,4	139,8	144,6	146,5
Ernährung	145,4	143,3	150,7	150,8
Wohnung	71,0	91,1	104,9	115,1
Beheizung und Beleuchtung	138,0	142,5	144,7	140,6
Bekleidung	173,0	171,1	156,7	155,7
Sonstiger Bedarf, einschl. Verkehr	176,4	166,1	182,4	183,2

Vom Januar 1925 bis zum Mai 1927 sind die gesamten Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie im Reichsdurchschnitt um 9 Prozent gestiegen, die Kosten für Ernährung um 4 Prozent, die Wohnungskosten sogar um 64 Prozent. Die Kosten für Bekleidung weisen einen kleinen Rückgang auf, während sich auch für die übrigen Ausgabeposten Steigerungen feststellen lassen.

Bei gleichbleibenden Arbeitslöhnen hätte eine beträchtliche Minderung des Reallohnes eintreten müssen. Die Bestrebungen der Gewerkschaften haben die Herabsetzung des Reallohnes zwar verhindert, die allgemeine Erhöhung der Preise hat aber einen Teil der gewerkschaftlichen Erfolge wieder aufgehoben.

In der gleichen Zeit, in der die allgemeine Preiserhöhung sich in jedem Arbeiterhaushalt unangenehm fühlbar machte, haben wir zwar sehr viel über den Abbau der Preise gehört. Da war die große Preisherabsetzungsaktion des Herrn Dr. Luther, jetzt Reichskanzler a. D., der im August 1925 seine „Theben“ zwar nicht an die Wittenberger Schloßkirche anschlug, wie sein größerer Namensgenosse, aber in zahlreichen amtlichen Reden den Preisabbau verkündete. Jene Aktion ist ergebnislos verlaufen. Schon ihre Ankündigung wirkte wenig überzeugend, nein, sogar heuchlerisch, denn sie fiel zusammen mit der durch die bürgerliche Reichstagsmehrheit beschlossenen Erhöhung der Lebensmittelzölle. Völlig ergebnislos ist auch der Einfluß der Rationalisierung auf die Preisgestaltung geblieben. Zwar ist als produktionsökonomisches Ergebnis der Rationalisierung eine starke Steigerung der Gütererzeugung eingetreten. Die Verbilligung der Waren für den Massenkonsum ist aber ausgeblieben. Die wirtschaftlichen Erfolge der Rationalisierung beschränken sich auf die Erhöhung der Kapitalrente.

Anzeichen sprechen dafür, daß wir eine weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten und somit eine Verminderung des Reallohnes zu erwarten haben. Regierung und Reichstagsmehrheit schicken sich an, hierzu den Anstoß zu geben durch die geplante Erhöhung der Zölle auf Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch. Mit dem 31. Juli 1927 ist die Geltungsdauer zweier zollpolitischer Gesetze abgelaufen: der gesamte Zolltarif in seiner jetzigen Form, die auf der kleinen Zollnovelle vom 17. August 1925 beruht, und das Provisorium über die Lebensmittelzölle müssen dann außer Kraft treten. Reichsregierung und die bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstages sind übereingekommen, den bisherigen Zolltarif nach Erhöhung der Zollsätze für Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch weiterbestehen zu lassen. Die Zollsätze für Kartoffeln sollen verdoppelt, für Zucker und Schweinefleisch um 50 Prozent erhöht werden.

Die Erhöhung des Zuckersolls soll durch die Völle einer erheblichen Herabsetzung der Zuckersteuer verflucht werden. Wahrscheinlich fürchten die Zuckerproduzenten den Rückgang des Zuckerkonsums als Folge der Preiserhöhung.

Die Forderungen des nimmersatten Agrariertums gehen aber noch viel weiter, als was ihm die Bürgerblockregierung anscheinend schon zugestanden hat. Sie verlangen u. a.

Erhöhung des Kartoffelsolls um das Vierfache, Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents, Erhöhung der Zölle auf Fleisch, Speck, Schmalz, lebendes Vieh, die für die Margarineherstellung, Mehl und Getreide. Die Steigerung der Agrarzölle wird verlangt, obgleich die Getreidepreise schon um 75 Prozent, die Großhandelspreise für Kartoffeln um 100 Prozent gegenüber den Friedenspreisen gestiegen sind.

Das geplante Höcherschrauben der deutschen Lebensmittelzölle steht aber auch im schärfsten Gegensatz zu den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau der europäischen Zollmauern, die von der deutschen Reichsregierung als richtunggebend anerkannt sind. Dort wurde beschlossen:

Die wichtigste Schlussfolgerung, die sich aus den Arbeiten der Konferenz auf dem Gebiete der Handelspolitik ergeben hat, ist die, daß der Augenblick gekommen ist, der Erhöhung der Zolltarife ein Ende zu setzen und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren, und zwar durch eine dreifache Anstrengung:

Kurze Arbeitszeit steigert die Volkskraft!

« . . . Niemals werde ich glauben, daß das, was eine Bevölkerung stärker und gesünder und weiser und besser macht, sie schließlich ärmer machen kann. Ihr versucht uns zu schrecken, indem ihr uns erzählt, in einigen deutschen Fabriken arbeiteten die jungen Leute 17 Stunden in den 24, sie arbeiteten so stark, daß sich dort unter Tausenden nicht einer findet, der die nötige Größe erreicht, um in die Armee aufgenommen zu werden, und ihr fragt, ob wir uns, wenn wir diese Bill annehmen, gegen derartige Mitbewerber zu halten vermögen. Sirs, ich lade über den Gedanken an solche Mitbewerber. Wenn wir jemals benötigt sind, die erste Stelle unter den Handelsvölkern abzutreten, so werden wir sie nicht einem Geschlecht entarteter Zwerge, sondern irgendeinem an Körper und Geist hervorragend kräftigen Volke abtreten. . . . »

Aus der Rede des konservativen Staatsmannes Macaulay im englischen Parlament zur Verteidigung des englischen Zehnstundentages-Gesetzes am 22.5.1846

1. durch individuelle Aktion der Staaten mit Bezug auf ihre eigenen Zolltarife;
2. durch wechselseitige Aktion auf dem Wege des Abschlusses entsprechender Handelsverträge;
3. durch eine Kollektivaktion, unterstützt durch Ermittlungen mit dem Ziele, die Ausbreitung des internationalen Handels auf einer vernünftigen Grundlage zu ermöglichen, indem man die übermäßig hohen Zollschränken beseitigt oder herabsetzt, die sich dem internationalen Warenaustausch in den Weg stellen.

Die deutsche Reichsregierung des Bürgerblocks, die dem Beschluß der Weltwirtschaftskonferenz auf Zollabbau grundsätzlich und feierlich zustimmt, erklärt aber in dem gleichen Atemzuge: Die Beachtung der Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz schließt nicht aus, daß mit Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe und im Interesse der inneren Kolonisation (lies: Großgrundbesitz!) die Schiffsoll einzelne landwirtschaftliche Zollsätze eine gewisse Erhöhung erfahren.

Noch sind die Zollerhöhungen nicht Gesetz. Der Reichstag hat noch über sie zu beschließen. Als Vertreter einer großen Gewerkschaft, in der ein erheblicher Teil der deutschen Industriearbeiterschaft vereinigt ist, erheben wir schärfsten Protest gegen die geplante Zollerhöhung auf allerwichtigste Lebensmittel. Die Erhöhung der Lebensmittelzölle würde zur Folge haben, den Reallohn zu vermindern, die Lebenshaltung der breiten Massen zu verschlechtern. Sie würde die kärgliche Nahrung der Armen noch kärglicher, die üppige Tafel der Reichen noch üppiger gestalten. Dagegen wehren wir uns. G. R.

Die Berufskrankheiten.

Ihre Bekämpfung durch die Gewerkschaften. Von F. R. Meyer-Brodny.

Den Kampf für den Gesundheitsschutz der Arbeiterschaft haben die Gewerkschaften von jeher angenommen und als eine wichtige Aufgabe ihrer Sozialpolitik betrachtet. Für sie war es immer klar, daß die soziale Lage, nämlich Wohn- und Lohnverhältnisse, den stärksten Einfluß auf die Gesundheit haben müsse. Die exakte medizinische Wissenschaft unter dem Eindruck der mechanistischen Auffassung in den Naturwissenschaften erkannte nur das, was anatomisch und bakteriologisch mit dem Mikroskop, physiologisch durch die chemische Untersuchung im Reagenzglas nachweisbar ist. Die Wissenschaft tat vorher ungeahnte Einblicke in den menschlichen Zellenstaat, wobei ihr ganz die Bedingtheit jedes Krankheitsgeschehens durch die soziale Umwelt entging. Die Ärzte behandelten kranke Zellen und Organe, nicht den kranken Menschen! Erst in jüngster Zeit sind einerseits sozialhygienische Gesichtspunkte in den Vordergrund getreten, andererseits haben naturwissenschaftliche Tatsachen stuhlig gemacht, indem man sah, daß nicht die Bakterien allein die Krankheit erzeugten, sondern noch ein persönlicher Faktor hinzukam, nämlich die Konstitution.

Unter Konstitution möge man die Summe aller Anlagen und Faktoren verstehen, von denen die Widerstandskraft des Organismus gegen von außen kommende Schäden abhängt. In diesem Lichte ist die Krankheitsform kein rein zufälliges Ereignis mehr, sondern muß konstitutionell in Körperbau und Reaktionsweise des Kranken vorgebildet sein. Man unterscheidet z. B. Konstitutionstypen nach dem Bau des Skeletts, nach dem Zusammenspiel der Organsysteme und andere mehr. Wir kennen den schmalen, hoch aufgeschossenen Menschen mit abfallenden Schultern und schmalem, flachem Brustkorb. Er neigt zur Lungenüberkloose, zu Magen-geschwüren und Eingeweideentzündungen. Wenn die Natur eine Abweichung vom normalen Zusammenspiel seiner Drüsen mit innerer Sekretion mitgegeben hat, dessen Leben steht im Zeichen nervöser Störungen und Erkrankungen des Stoffwechsels (Zuckerkrankheit, Basedowsche Krankheit, Krebtsimus). Zum Teil sind die Eigenarten des Konstitutionstyps erblich. Sie verflechten sich jedoch mit erworbenen Eigenschaften und werden durch diese beeinflusst, so daß es auch vom Ablauf des individuellen Lebens und von den sozialen Umwelteinflüssen abhängt, inwieweit sich die Mangelhaftigkeit der Anlagen und Widerstandskräfte der anfallenden Krankheit gegenüber auswirken. Hierin liegt die Bedeutung der sozialen Lage für das körperliche Schicksal des einzelnen.

Somit ist der gewerkschaftliche Kampf zur Hebung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft auch im Sinne der modernen wissenschaftlichen Konstitutionslehre eine Leistung für die Volksgesundheit im allgemeinen. Seine Ergänzung stellen die Bemühungen dar, welche auf die Bekämpfung der Krankheit an sich abzielen, und als deren Träger der Staat, die Sozialversicherung, die Ärzte und alle Helferpersonen anzusehen sind.

Im besonderen hat die Gewerkschaftspolitik traditionell auf den Unfallschutz und auf die Verhütung der Gewerbekrankheiten abgezielt. Die Unfälle liegen nach Entstehungszeit und Ort fest, und ihre Verursachung durch Berufsarbeit läßt sich verhältnismäßig leicht nachweisen. Aus diesem Grunde wurden zunächst die Unfälle bei der Sozialgesetzgebung durch Einräumung von Rentenansprüchen an die Berufsgenossenschaften berücksichtigt. Bei den Berufskrankheiten dagegen liegen die Verhältnisse weit schwieriger. Diese entstehen nicht plötzlich. Häufig treten sie erst lange nach Beendigung der gesundheitschädlichen Arbeit auf. Nicht die einmalige Wirtsaufnahme oder Überanstrengung erzeugt das Leiden, sondern die lang anhaltende Arbeit mit dem schädlichen Stoff. Schließlich sind die Krankheitserscheinungen nicht bei einmaliger ärztlicher Untersuchung offensichtlich, wie das meist bei Unfallverletzten der Fall ist, sondern nur nachweisbar für den sachverständigen, auf dem schwierigen Gebiete der Gewerbekrankheiten erfahrenen Arzt.

Die versicherungspflichtigen Schwierigkeiten des Kausalzusammenhanges zwischen Krankheit und Beruf, ferner die Kompliziertheit der ärztlichen Diagnose sind in Deutschland so hoch bewertet worden, daß erst 1925 durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers die Entschädigungspflicht der Berufskrankheiten erreicht werden konnte. Die engherzigen Ausführungsbestimmungen der Verordnung müssen verbessert werden; in der Liste der Berufskrankheiten fehlen wichtige Gewerbegeifte, und schließlich muß aus der Kennvorschrift, welche die Gewährung der Übergangrente bisher noch darstellte, zwingendes Recht werden. Diese Ziele verfolgen die Vertreter der Arbeitnehmer in den Parlamenten durch immer neue Bemühungen in dieser Richtung.

Die Kompliziertheit der medizinischen Zusammenhänge hat für die Gewerkschaften die Mitwirkung eines ärztlichen Sachbearbeiters erforderlich gemacht und zur Errichtung einer

Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitswesen beim WGB. geführt.

Diese Abteilung muß an die Leistungen und Feststellungen, die in fast allen Verbänden über gesundheitsliche Berufsschädigungen schon vorliegen, anknüpfen. Sie hat das Material zusammenzufassen und sachlich zu bearbeiten. Solche Unterlagen schaffen den Gewerkschaftsvertretern eine wichtige Voraussetzung zur Einflußnahme auf die Sozialgesetzgebung und die staatliche Gewerbeaufsicht im Sinne der Arbeiterschaft.

Im ersten Teil vorliegender Erörterung sind die Möglichkeiten der Berufskrankheiten und ihre Entstehung dargelegt worden. Entsprechend der Mannigfaltigkeit der Ursachen und Verstrickungen mit der sozialen Lage und der Berufstätigkeit muß auch ihre Bekämpfung die verschiedensten Wege gehen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Hebung der allgemeinen sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft ihre Widerstandsfähigkeit gegen jede gesundheitliche Schädigung überhaupt stärkt. Aufklärung und Kampf gegen den Alkoholmißbrauch tragen auch wesentlich zur Verhütung körperlicher Schäden durch gewerbliche Arbeit bei. Jedoch diese allgemeinen Gesichtspunkte reichen nicht aus.

Gegen die spezifischen Berufsschäden, hervorgerufen durch Gifte, wie sie in den verschiedensten Fabrikationszweigen vorkommen, muß anders vorgegangen werden. Bei den gewerblichen Hauterkrankungen z. B., hervorgerufen durch giftige Öle und zahllose andere Substanzen, bei Giften, wie Blei, Arsen, Mangan, Quecksilber, Phosphor, Benzol, Phenol, Schwefelkohlenstoff, Anilin usw., bedürfen wir besonderer Vorkehrungen. Das ideale Mittel der Vorbeugung wäre die Ausschaltung giftiger Stoffe aus dem Produktionsprozeß. Dieser Weg muß auch, soweit es technisch irgend möglich ist, beschritten werden. Die Verwendung von weißem Phosphor, welcher höchst schmerzhaftes Eiterungen der Kieferknochen hervorruft und zu schrecklichen Entstellungen des Gesichtes führt, ist schon seit 1905 unter dem Druck der Arbeiterschaft international gesetzlich verboten worden. Die Zündholzfabrikation bedient sich anderer, weniger schädlicher Stoffe. Ähnlich liegt es in der Spiegelindustrie, welche früher als Bleig Quecksilber verwendete. Sogar ein Gelehrter vom Range Justus von Liebig glaubte, der Handel könne auf Quecksilberpiegel nicht verzichten, da diese einen schöneren Farbton als die Silberspiegel hätten. Der von Natur schon etwas gelbliche Teint der Französin verleihe nicht ein Unterstreichen seiner Schwäche. Trotz dieser schwerwiegenden Bedenken ist es gewerkschaftlichen Bemühungen und der öffentlichen Meinung damals gelungen, scharfe behördliche Vorschriften und Anordnungen für die Quecksilberpiegelabriken zu erreichen und dadurch die Herstellung derart zu verhindern, daß fast reiflos in Deutschland das unschädliche Silber verwendet wird. So ist den Spiegelarbeitern wenigstens in Deutschland das furchtbare Schicksal der Schüttellähmung und späterer Verblöschung durch Quecksilbervergiftung erspart geblieben. Der Weg der Ausschaltung von giftigen Stoffen aus dem Fabrikationsprozeß muß weiter gegangen werden. Die gesundheitsschädlichen Ersatzmittel für das feurere echte Terpentin, die in einzelnen Fällen zu Erblindungen geführt haben, müssen von gewerblicher Benutzung ausgeschlossen werden. Gleiches gilt von der Bleiweißverwendung zum Anstrich etwa in dem Sinne des Abereinkommens, wie es von der internationalen Konferenz der Arbeitsorganisation des Völkerbundes angenommen ist. Solche Beispiele ließen sich noch in großer Anzahl aufzählen. Die Gewerkschaften werden durch ihren Einfluß auf Grund des in ihrer gewerbehygienischen Abteilung bearbeiteten Materials auf die Aus-

schaltung wenigstens der giftigen Substanzen, die durch unschädliche Stoffe ersetzbar sind, nachdrücklich hinwirken.

Abgesehen von dem Widerstand, den derartige Bestrebungen selbstverständlich beim Unternehmer finden, besteht auch nicht immer die betriebstechnische Möglichkeit zu Verbieten, zumal täglich zu den in ihrer Giftwirkung bekannten Stoffen neu erfundene und eingeführte hinzukommen. Daher müssen die unvermeidlichen Gewerbevergiftungen, wenn sie dauernde Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zur Folge haben, wenigstens entschädigt werden. Wenn sie geheilt werden können, muß die Gewährung einer Ubergangsrente die Umschulung in einen anderen Beruf ermöglichen. Denn der einmal vergiftete Organismus erwirbt häufig eine Überempfindlichkeit gegen den Giftstoff, so daß schwerere Rückfälle als die Anfangserkrankung nicht selten sind, wenn der Gewerbetranke wiederum der Vergiftung ausgesetzt wird.

Die am meisten von gewerkschaftlicher Seite bearbeitete Möglichkeit des Gesundheitsschutzes sowohl gegen Unfälle wie gegen die Berufskrankheiten ist die durch technische Methoden. Auf ihre Möglichkeiten durch allgemeine Fabrikhygiene, durch unschärfere Maschinen, durch Abführung an den Plätzen, wo schädlicher Staub gebildet wird, und andere technische Einrichtungen soll nicht näher eingegangen werden. Bemerkenswert sei nur, daß seit jeher sich die Gewerkschaften in den Dienst dieser Aufgabe gestellt und es verstanden haben, wo es nur irgend möglich war, die hygienischen Forderungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Das Arbeitsfeld der Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitswesen beschränkt sich nicht auf die Berufskrankheiten. Es umfaßt die Beratung der Gewerkschaften auf dem gesamten Gebiete der sozialen Hygiene, ob es sich nun um den Schutz schwangerer Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft, die Bekämpfung der Volksseuchen oder die Probleme der Bevölkerungspolitik und anderes mehr handelt. Ferner muß die Abteilung an den modernen Bestrebungen und Fragen, welche die arbeitsphysiologische Forschung aufwirft, mitarbeiten. Die Rationalisierung mit ihrer enormen Steigerung des Arbeitsstempos und größeren Zerlegung des Arbeitsvorganges verursacht häufig eine einseitige körperliche Beanspruchung für den Arbeiter. Die physische Leistung an sich kann dadurch leichter geworden sein. Dennoch können bei immer wiederkehrender Beanspruchung der gleichen Muskelgruppen ohne die Erholung, die früher durch — vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus — unrationelle Muskelbewegungen und Arbeitsweisen gegeben war, infolge der Flieharbeit größere Ermüdungserscheinungen und vorzeitige Abnutzung der Arbeitskraft eintreten. In dieser Erkenntnis muß man darauf bedacht sein, daß die Arbeitsphysiologie, welcher als Vorzug anzurechnen ist, daß sie vom Menschen aus an die Betriebstechnik herangeht und durch die Erforschung der Physiologie der einzelnen Arbeitsvorgänge diese rationaler und für den Arbeiter leichter gestalten will, nicht zu feinem gesundheitlichen Schaden ausschlägt. Derartige physiologischen Gesichtspunkte werden wohl künftig, wie es in den Vereinigten Staaten schon heute der Fall ist, bei Tarifverhandlungen mit einer Rolle spielen.

In ihrer gewerbehygienischen Abteilung, der jüngsten Einrichtung des WGB., haben sich die Gewerkschaften ein Instrument geschaffen, welches im Rahmen ihrer Sozialpolitik auch die wissenschaftlichen Argumente im Kampf für den Gesundheitsschutz der Arbeiterschaft schmieden wird. Sie bedarf dazu der Unterstützung und Mitarbeit der Verbände und des Materials aus der Werkstatt, ohne das sie nichts vermag.

Die soziale und steuerliche Belastung der deutschen Arbeiterschaft.

Der Kampf um die Sozialversicherung, vor allem um die aus ihr entstehende Belastung der Wirtschaft, war gerade in den letzten Jahren besonders heftig. Die widerspruchsvollen, oft phantastischen Zahlen über die absolute Höhe der aufzubringenden Mittel, die in der Stabilisierungszeit besonders von den Unternehmern genannt wurden, um die gesetzgebenden Körperschaften von dem notwendigen Abbau der Sozialversicherung im Interesse der zu sanktionierenden deutschen Wirtschaft zu überzeugen, sind allerdings durch die inzwischen für 1924 und 1925 vorliegenden Rechnungslegungen der Sozialversicherungskörper aus der Diskussion verschwunden. Der Reichsverband der deutschen Industrie schätzt heute die durch die Arbeiter und Unternehmer aufzubringenden Mittel für soziale Zwecke einschließlich der Erwerbslosenfürsorge auf 2700 Millionen Mark jährlich. Es handelt sich hier also auf alle Fälle um Summen, deren Aufbringung auch den einzelnen Arbeiter stark belastet.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat nimmehr durch umfangreiche Erhebungen in Berlin, deren Grundlage Tausende in den Betrieben der verschiedenen Industrien eingesammelte Lohnkästen bilden, die durch die verschiedenen Reformen in der Sozialversicherung und auf dem Gebiete des Lohnsteuerabzuges in den Jahren 1924—1927 sich gestaltende Belastung der Arbeiter ermittelt. Im Heft 6 der Zeitschrift "Die Arbeit" werden die Resultate in dem Artikel von B. Glöckle: "Die soziale und steuerliche Belastung der deutschen Arbeiterschaft seit 1924" in ausführlicher Abhandlung mit tabellarischen und graphischen Darstellungen veröffentlicht. Wir bringen hier nur die unsere Leserschaft interessierenden tabellarischen Auszüge.

Der eigentliche Wert der Statistik liegt in der Aufgliederung der erfassten Arbeiterschaft nach Lohnklassen. Dadurch lassen die Berliner Ergebnisse auch Rückschlüsse auf die Verhältnisse im Reich zu, denn die Abzüge zur Invalidenversicherung, zur Erwerbslosenfürsorge und die Steuern sind reichsgesetzlich geregelt. Dagegen ist die Beitragsleistung zur Krankenversicherung örtlich, beruflich, betrieblich und sogar in der Art des Beitragsystems verschieden.

Für alle drei Erhebungsjahre kann man aus der Tabelle ablesen:

Mit steigendem Lohn fallen die Sozialbeiträge, dagegen steigen mit dem Lohn die Steuerabzüge. Die Steuerabzüge, die 1924 noch außerordentlich hoch waren, sind durch die Herabsetzung des Lohnbeitrags allerdings stark gesunken. Es zählten im Durchschnitt v. H. des Bruttolohnes:

	1924	1925	1926
die Arbeiter	5,7	5,3	3,9
die Arbeiterinnen	4,1	3,0	1,1
In der chemischen Industrie:			
die Arbeiter	6,3	4,4	2,8
die Arbeiterinnen	—	2,3	0,4

Von einem zehnprozentigen Lohnsteuerabzug kann also keine Rede sein. In Orten mit niedrigerer Lohnhöhe als Berlin wird der prozentuale Abzug natürlich noch niedriger sein, wie die Abzüge in den unteren Lohnklassen in der Tabelle zeigen. Es ist ein Verdienst des WGB., endlich einmal ein klares Bild über die Wirkung der letzten Steuerreform gegeben zu haben.

Die Arbeitsmarktkrise hat vor allem durch die starke Steigerung der Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge die sonst im Durchschnitt sowohl bei den Arbeitern wie bei den Arbeiterinnen eingetretene Senkung der Sozialbeitragslasten gegen 1924 verhindert. Die Steigerung der Erwerbslosenbeiträge um das 7- bis 8fache hat auch die Lohnsteuerenkung nicht voll zur Auswirkung kommen lassen.

Der ausgezahlte Lohnbetrag betrug im Durchschnitt aller von der Erhebung Erfassten v. H. des Bruttolohnes:

	1924	1925	1926
bei den Arbeitern	88,2	89,2	88,9
bei den Arbeiterinnen	88,7	90,1	90,8
In der chemischen Industrie:			
bei den Arbeitern	87,7	89,5	89,7
bei den Arbeiterinnen	—	90,3	91,0

Wie sich die Soziallasten und Lohnsteuerabzüge bei den Lohnabhängigen durchschnittlich in einigen verschiedenen Berufen auswirken, zeigt folgende Übersicht. Von je Hundert des Bruttolohnes werden 1926 in Abzug gebracht:

Die sozialen Leistungen des Fabrikarbeiter-Verbandes als kulturelle Tat.

Ein Kapitel aus unserer Wochenschrift vom Wesen, Werden und dem sozialen Wirken des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Alles das, was der Fabrikarbeiter-Verband an sozialen Leistungen vollbracht, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Reallohne, die Verbesserung der Arbeiterwohns, die Bildungsarbeit des Verbandes usw., sie dienen nur dem einen Zweck, der Arbeiterschaft ein größeres Maß von Lebensfreude, einen größeren Anteil an den Kulturgütern zu sichern. Sein soziales Wirken, seine wirtschaftlichen Kämpfe und Erfolge schaffen erst die notwendigen materiellen Voraussetzungen für die Anteilnahme der in ihm vereinigten Arbeiterschichten am kulturellen Leben. Erst muß der Mensch sich satt essen, seinen Leib vor den Unbilden der Jahreszeiten durch Bekleidung und Kleidung zweckmäßig — und wie es die Sitte erfordert — schützen können, erst muß ihm die tägliche Arbeitszeit Zeit und Ruhe lassen, seinen von der Arbeit gebengten Rücken aufrichten, erst dann sind die notwendigen Voraussetzungen für die Anfänge kulturellen Lebens und Strebens gegeben. Erst wenn die Lebenszeit des Arbeiters nicht völlig in Arbeitszeit verwandelt, erst wenn der Arbeiter nicht mehr der Diktator des Magens unterworfen ist, erst dann kann sich sein Geist über die Kleinlichkeiten des Lebens zu den Sternen erheben, erst dann kann nach Beendigung einseitiger Berufsarbeit sein Leben durch kulturelles Streben Inhalt, Form und Farbe erhalten.

Kulturpolitiker von Rang haben die moderne Arbeiterbewegung die größte Kulturbewegung aller Zeiten genannt. Die kulturellen Leistungen des Fabrikarbeiter-Verbandes als Auswirkung seiner sozialen Arbeit nehmen darin einen ehrenvollen Platz ein. Arbeiterkinder, deren physische Lebenshaltung bis zur Grenze des Erträglichsten herabgedrückt war, hat er kulturelles Streben ermöglicht. Aus einem Heer müder, stumpfer Arbeitstiere hat der Fabrikarbeiter-Verband eine gewerkschaftliche Armee selbstbewusster Menschen, die eine mit hellem Sinn und offenem Geiste begabte Jugend heranzieht, geschaffen. Seine klassenbewußte Erziehungs-

arbeit hat es sie nicht nur gelehrt, daß es ihrer Selbstachtung als arbeitende Menschen unwürdig ist, als schone Jungfrauen am Paragitter den schwelgerischen Festen der Reichen zuzuschauen und auf Bekkerbrocken zu warten, die jene ihnen bei guter Laune zuwerfen, sondern daß auch sie volles Anrecht haben auf alles das, was gemeinsame Arbeit an Kultur- und Lebensgütern hervorbringt.

Ein ungeheurer Strom von Lebensenergie und Lebensfreude geht von den sozialen Kämpfen des Fabrikarbeiter-Verbandes aus. Das Gefühl, aus eigener Kraft, nur durch die Macht des Zusammenschlusses Großes erreicht zu haben, erregt die Energie, sporn an, mehr zu wollen, weitere kulturelle Ziele zu setzen.

Die sozialen Leistungen des Fabrikarbeiter-Verbandes sind eine kulturelle Tat. Sie sind kulturelle Erweckungsarbeit im vollsten Sinne des Wortes. Sie haben breite Arbeiterschichten, die unter besonders ungünstigen Lebensbedingungen litten, die ganz im Schatten des sozialen Unrechts lebten und deshalb teilnahmslos allen kulturellen Vorhaben gegenüberstanden, eingereißt in die große Armee der Kämpfer für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft.

§ 213 bei den Naturvölkern.

So gut wie überall trifft man bei den Naturvölkern den Brauch der Fruchtabtreibung; sogar die kulturell am kleinsten stehenden Zweige des Menschengeschlechtes üben sie. Auf den Gedanken der Abtreibung kommen Frauen vermutlich allenthalben durch die Beobachtung, daß schwere körperliche Arbeit, das angestrengte Handeln mit mangelhaften Werkzeugen, oder das Tragen schwerer Gegenstände geeignet sind, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Es bedürfte nur der Rationalisierung dieses oft beobachtenden Zusammenhanges, um aus der ungewollten die gewollte mechanische Schwangerschaftsunterbrechung hervorgehen zu lassen. Auch die durch Giftwirkung hervorgerufenen Frühgeburten können ungewollten aus der Rationalisierung ungewollter entsprechender Effekte unter den Naturvölkern hergeleitet werden. Wie der Primitive viele Arzneipflanzen aus der immer wiederholten Einwirkung ihres Gesanges gefunden hat, so auch die spezifische Wirkung einiger von ihnen auf die Auslösung der Frucht. Dies lag

um so näher, als sich unter den gebräuchlichen Abtreibemitteln sogar solche finden, die ihm als Nahrungsmittel und Genussmittel nahestehen, wie Muskatnuss, die Kerne der Papaya oder andere, die er gleichzeitig als Fischgiste verwendet, oder noch andere, die wie das Abführmittel *Cajanus indicus*, in mäßiger Menge arzneilich, in großer Dosis abortiv wirken. Die häufige Gelegenheit zu unfreiwilliger Bekanntheit mit Abtreibemitteln war den Naturvölkern gegeben. Aber, um sie einzubringen, mußte das persönliche Verlangen nach ihrer Anwendung hinzukommen, denn der Instinkt würde zu ihrer Vermeidung geführt haben. Das Verlangen nach Fruchtbarkeit ergibt sich aus der wirtschaftlichen Notlage der meisten Naturvölker, die zur Kleinhaltung der Kopfzahl zwingt. Zudem ruht die Last der Arbeit fast ausschließlich auf den Frauen, weshalb diese nur zu sehr zu Schwangerschaftsunterbrechungen geneigt sind, namentlich, wenn sie bereits mehrere Kinder haben. Einige Säbsevölker stehen in dem Rufe, neben abtreibend wirkenden Arzneien auch Schwangerschaftsverhütende zu kennen und zu benutzen. Aber die bis jetzt von europäischen Reisenden erfragten Verhütungsmittel sind zweifellos unwirksam. Bei den betreffenden Völkern ist die Annahme der empfängnisverhütenden Wirkung wahrscheinlich so zufande gekommen, daß die nach ein- oder mehrmaligem Abortus sich einstellende Unfruchtbarkeit als Folge der eingenommenen Pflanzengifte angesehen wird. (b.)

Amerikanisches.

Als Herr Ford das auch hierorts bekannte "laufende Band" sozusagen das Licht der Welt erblicken ließ, verschmähte er nicht, es aus der Nähe zu betrachten. Unter dem Tor stand ein Arbeiter, der stark damit beschäftigt war, die neue Arbeitsweise aus dem Hinein zu betrachten. Er tat nichts anderes, so eindringlich es auch rings nach Arbeit sank. "Ich beobachte Sie jetzt geruame Zeit," sagte Ford zu ihm. "Solche Leute kann ich nicht brauchen!" Griff in die rechte Westentasche: "Hier haben Sie Ihren Wochenlohn. . . Mark, aus dem Hans!" Dann knöpfte er sich den Meister vor. "Gib ihm Santos und behaupte: Ich habe den Faulpelz stante pede rausgeschmissen. . . Passen Sie gefälligst besser auf ihre Arbeiter auf!" Dem Meister schwammen illiche Felle weg. Dann aber stammelte er: "Ich möchte nur ergebenst bemerkt haben, daß der gar nicht bei uns beschäftigt war. Er hat bloß nach Arbeit angefragt!" (Aus dem Simplicissimus.)

	Als Sozialkassen		Als Steuerabzüge	
	Arbeiter	Arbeiterinnen	Arbeiter	Arbeiterinnen
Gewerbe	7,7	—	4,0	—
Holzindustrie	7,2	—	4,4	—
Handel, Verkehr,	—	—	—	—
Spekulation	6,7	—	3,5	—
Buchdruckgewerbe	5,5	7,4	5,3	2,2
Chemische Industrie	7,5	8,6	2,8	0,4
Metallindustrie	7,9	9,0	3,2	0,5
Schulindustrie	6,9	7,8	4,1	1,5
Lebensmittelindustrie	7,4	8,5	3,1	0,5
Gemeindefabriken	7,0	7,6	3,6	2,1
Insgesamt	7,2	8,3	3,9	1,1

Die Abzüge in der Metallindustrie sind am höchsten. Stark wirkt hier mit die an Beispielen aus der Krankenkasse der Firma Vorfig und der Lichterfelder Erbskaffe (Beispiel aus zwei Metallbetriebe) nachgewiesene unangenehme Beitragsgestaltung der Betriebs-, Junungs-, Erbs- und sonstigen Nebenkassen. Die Berliner Allgemeine Krankenkasse mit 7,5 Millionen Mitgliedern erhebt vom Bruttolohn einfach 4 v. H. als Arbeitnehmerbeitrag, dazu die 1 1/2 v. H. Erwerbslosenbeitrag, die bekanntlich von den Krankenkassen mit eingezogen werden. Diese 5 1/2 v. H. zählt also sowohl der Arbeiter mit einem Wochenlohn von 20 Mk. wie von 80 Mk. Dagegen wurden im November 1926 den Arbeitern in dem Betriebe Vorfig 8,9 v. H. in den beiden anderen Fällen (Erbskaffe) 9,8 und 11,8 v. H. des Lohnes für Krankenkasse und Erwerbslosenfürsorge abgezogen.

Das Ergebnis der WGB-Erhebung sei im Linde eine Mahnung, in den Betrieben auf der Hut zu sein. Die Erhaltung schlecht arbeitender Sonder- und Erbskassen ist zum Teil nur durch freiwillige Zugehörigkeit einzelner oder Nachlässigkeit der Betriebsbelegschaften ermöglicht. Gemäß muß auch der Unternehmer seinen Anteil zahlen, der aber zu hohe Belastung klagt. Er zählt aber nicht ohne Grund!

Deutlicher als durch diese Feststellung freiwilliger Mehrzahlung kann die Sozialpolitik unserer industriellen Scharmacher nicht illustriert werden. Der rücksichtslose Kampf gegen jede wirksame Sozialpolitik, die allerdings die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitenden in große selbstverwaltende Versicherungskörper voraussetzt, wird mit großen Kosten durchgeführt. Die für den Unternehmer sowohl wie für die Arbeiter entfallenden unerträglichen Soziallasten sind hier tatsächlich ein freiwilliges Opfer einer leistungsunfähigen Industrie, die sich ihr Prinzip, möglichst keine außerbetrieblichen Versicherungskörper zu dulden, etwas kosten läßt.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Überproduktion an Erdöl in Amerika.
Wie ein Blitz aus hellem Himmel kam kürzlich die Nachricht aus Amerika, daß die Erdölproduktion nicht untergebracht werden kann. Es werden im Tagesdurchschnitt annähernd 2 1/2 Millionen Faß Rohöl gefördert. Dieses Rohöl wird zum großen Teil auf Benzol verarbeitet. Das sogenannte Crack-Verfahren (to crack - spalten, in diesem Falle Molekülpaltung durch atmosphärischen Druck) ermöglicht eine größere Benzolausbeute. Jetzt stoßt der Absatz dieser gemaltigen Mengen.

Die im Januar und Februar verarbeiteten Rohölmengen betragen 138,29 Mill. Faß gegen 117,93 Mill. Faß im Vorjahre. Die Ausbeute stieg auf 89,7 gegen 87,8 Prozent, so daß in den ersten beiden Monaten 1927 52,8 Millionen Faß Benzol gegen 44,29 Millionen Faß in der gleichen Zeit des Vorjahres erzeugt wurden. Die Verarbeitungsmenge ist um 13 Prozent, die Produktionsmenge um 20 Prozent gestiegen. Der Produktionszuwachs an Benzol über 8,89 Millionen Faß steht aber nur eine Zunahme des Verbrauchs um 2,73 Millionen Faß gegenüber. Nun haben sich ungeheure Lagerbestände angehäuft.

Die Standard-Oil-Ko New Jersey hat sich deshalb entschlossen, von ihren Crack-Betrieben rund 60 Prozent stillzulegen und die tägliche Leistung um 80 000 Faß Rohöl zu vermindern. Die Standard-Oil-Co. of Louisiana verminderte in ihren Crackbetrieben die zu verarbeitenden Mengen um täglich 25 000 Faß. Unter diesen Verhältnissen sind die Petroleummärkte an der New Yorker Börse täglich gefallen. Jetzt ist es jedoch durch Eingreifen der Regierung gelungen, den Rückgang der Petroleummärkte zum Stillstand zu bringen. Ob das von Dauer sein wird, läßt sich noch nicht absehen.

Trotzdem allgemein bekannt ist, daß die Erdölvorräte in absehbarer Zeit erschöpft sein werden, treiben die amerikanischen Röhlinge Raubbau mit diesem wichtigen Stoff. Die amerikanische Regierung, die ihm Einhalt gebieten möchte, ist den Petroleumkönigen gegenüber machtlos. Immerhin wird damit gerechnet, daß die Überproduktion von kurzer Dauer sein wird. Vor allem setzen die Ölmagnaten ihre Hoffnung auf eine schnelle „Automobilisierung“ Europas.

Die jetzige Überproduktion wird zweifellos zu einer Preislenkung der Benzinpreise führen. Da diese Preislenkung sich auch auf die neue Benzinproduktion der J.-C. Farbenindustrie auswirken wird, liegt der Verdacht nahe, daß die amerikanischen Öl-Spekulanten dem Absatz des aus der Kohlenwasserstoff-Gruppe entfallenden Benzins Schwierigkeiten bereiten wollen. Soweit über die Preisgestaltung des neuen Traunkohlenbenzins der J.-C. Farbenindustrie in der Öffentlichkeit etwas bekannt geworden ist, muß jedoch mit einem viel größeren Preissturz amerikanisches Benzin gerechnet werden, wenn dadurch die Produktion der J.-C. Farbenindustrie behindert werden soll.
G. Haupt

Geschäftsabluß der Deutschen Erdöl-Mittelsgesellschaft.

Die Deutsche Erdöl-Mittelsgesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von rund 100 Millionen Mark. Sie ist ein Gebilde aus verschiedenen Einzelunternehmungen von Erdölinteressenten, das im Laufe der Jahre verschiedene Angliederungen vorgenommen hat, zum Teil die Verbindungen aber wieder lösen mußte. Auch die Rüstwerke stehen in enger Fügung mit dieser Gesellschaft.

Der Rohgewinn beziffert sich auf 9,7 Millionen Mark gegenüber 5,5 Millionen Mark im Vorjahre. Der Reingewinn beträgt 6,8 Millionen Mark und übersteigt den des Vorjahres um mehr als das Doppelte. Es wird eine Dividende von 8 Prozent gezahlt.

Nach Zeitungsberichten ist der Gewinn weit größer als er in der Aufstellung erscheint. Die Schulden der Gesellschaft konnten im verfloßenen Jahre von 24,5 auf 18,5 Millionen herabgesetzt werden. Wofür 18,5 Millionen Mark Schulden stehen 43 Millionen Mark an Guthaben gegenüber.

Trotz dieser glänzenden Gewinne sträubte sich die Gesellschaft, in den Mineralölwerken in Rostock den Tarifvertrag für die chemische Industrie anzuerkennen. Auf der Generalversammlung wurde auch über die zu große Belastung durch die Sozialpolitik geklagt.

Der Bericht erkennt an, daß in den Mineralölwerken in Rostock durch die technischen Neuerungen eine beträchtliche Mehrproduktion an Teer, Paraffin und Teerölen eingetreten ist. Die Arbeiter mögen durch gute Organisation bestrebt sein, sich den Anteil an diesen Fortschritten zu sichern.
G. Haupt

Die Bayerischen Stickstoffwerke, A.-G., München.

Schlossen das Geschäftsjahr 1926 mit einem Rohgewinn von 3,49 Millionen Mark gegenüber 1,87 Millionen Mark im Vorjahre ab. Es verbleibt nach Abschreibungen von 580 000 Mark und Abzug der Handlungsunkosten und Steuern von 2,06 Millionen Mark ein Reingewinn von 833 882 Mark gegenüber 690 000 Mark im Vorjahre. Es wird eine Dividende von 8 Prozent gegenüber 5 Prozent im Vorjahre gezahlt. In dem Bericht heißt es, daß als Ergebnis der Rationalisierungsmaßnahmen eine Steigerung der Erzeugung unter Verringerung des Verbrauchs an Elektrizität und Rohstoffen erzielt worden ist. Die Gesellschaft hat die Mitteldeutschen Stickstoffwerke in Pforten gepachtet und betreibt dort nach wie vor die Kalziumstickstoffherstellung, während die chemischen Betriebe zur Erzeugung von Salpetersäure an die J. C. Farbenindustrie weiter verpachtet sind.

Die Mitteldeutschen Stickstoffwerke, A.-G., Berlin, erzielen einen Betriebsüberschuß von 3,33 Millionen Mark. Nach Abzug der Handlungsunkosten, Steuern und Darlehenszinsen in Höhe von 1,03 Millionen Mark und nach Abschreibungen von 780 000 Mark verbleibt ein Reingewinn von 1,63 Millionen Mark, aus dem 8 Prozent Dividende verteilt werden.

Im Vorjahre betrug der Reingewinn 27 939 Mark. Dividende wurde nicht gezahlt.
G. Haupt

Tödlicher Unfall in einer chemischen Fabrik.

Wolfs Telegraphenbureau berichtete am 21. Juni über ein furchtbares Unglück, das sich in der chemischen Fabrik von Geertlings & Co. in Honnef (Sieg) ereignete. Ein mit Anstößerarbeiten im Benzolwerk beschäftigter Klempner wurde plötzlich ohnmächtig. Der herbeieilende Chemiker und der Direktor des Werkes, die Hilfe leisten wollten, erlitten das gleiche Schicksal. Alle drei Personen konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Tod erfolgte durch Einatmen ausströmender giftiger Gase. Ein anderer Arbeiter erlag dem Tode nur dadurch, daß er bewußtlos wurde, bevor er den Tank erreicht hatte.

Papier-Industrie

Produktion und Rentabilität der deutschen Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1926.

Die deutsche Papiererzeugungs-Industrie hat sich im Jahre 1926 recht außerordentlich günstig entwickelt. Davon legen insbesondere auch

die Produktionszahlen für die Papiererzeugung,

vergleichend mit der Friedenserzeugung, Zeugnis ab. Unter Berücksichtigung der Produktionszahlen, die Dr. Clemens für die Jahre 1912, 1923 und 1925 in seinem Vortrag über die Kartellpolitik vom 28. Januar 1926 angegeben hat, ferner unter Zugrundelegung der vom Statistischen Reichsamt für die Jahre 1913 und 1922 veröffentlichten Produktionszahlen und unter Umrechnung des von Heino Castorf angegebenen prozentualen

Anfalls der Ausfuhr an der Gesamtproduktion (Sondernummer des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ zur Breslauer Papiermachertagung) ergeben sich folgende Produktionszahlen:

1912	1 610 000 Tonnen
1913	1 611 000
1922	1 582 000
1923	1 730 000
1925	1 700 000
1926	1 800 000

Beim Vergleich dieser Produktionszahlen mit denen der Friedenserzeugung ist der Fortfall der Produktionsstätten der Papiererzeugungs-Industrie, die sich in den abgetrennten Gebieten von Elb-Lothringen, Polnisch-Ober-Schlesien, Danzig, Memel, Cuxen-Malmedy und dem neuen dänischen Gebiet befinden, nicht unbeachtet zu lassen. Es dürfte sich dabei um zirka 20 Fabriken handeln, deren Jahresproduktion in den Produktionszahlen nach dem Kriege nicht mehr erscheint. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist es von nicht ausschlaggebender Bedeutung, daß die Produktion der Holzstoffherzeugung 1926 einen kleinen Rückgang erfahren hat:

1912	1925	1926
674 000 Tonnen	736 000 Tonnen	730 000 Tonnen

Nach diesen Zahlen hat auch die Holzstoffherzeugung im Jahre 1926 immer noch eine Steigerung um rund 7 Prozent gegenüber 1912 erfahren. Der Rückgang gegenüber 1925 ist nach einem Bericht des Vereins Deutscher Holzstoff-Fabrikanten (Auszug in Nr. 44, Jahrgang 1927, der „Papierzeitung“) auf folgende Ursachen zurückzuführen:

Die allgemeine Lage der Holzstoff-Industrie hat sich im Jahre 1926 nicht gebessert. Trotz dem der Wasserstand im allgemeinen gut war, konnte die Handelschleiferei diesen Vorteil nicht ausnützen, da die Nachfrage nicht der Erzeugung entsprach.

Daraus geht hervor, daß bei voller Ausnützung der Werke die Produktion bedeutend größer ausgefallen wäre. Dabei ist aus diesen Zahlenangaben nicht ersichtlich, ob sich in diesen Produktionsziffern auch die Holzstoffherzeugung der Papier- und Pappfabriken mit eigenen dem Hauptfabrikationsprozess angegliederten Holzschleifereibteilungen befinden oder ob es sich dabei um die Produktionszahlen der reinen Handelsholzschleifereien handelt. Der Rationalisierungsprozess in der Papier- und Pappindustrie geht seit Jahren dahin, sich durch Angliederung eigener Holzstoffabteilungen mit Dampfschleifereien von den reinen Holzstoff-Fabriken unabhängig zu machen, die als Handelschleifereien vorwiegend auf Wasserkraft angewiesen sind.

Die besonders durch Rationalisierungsmaßnahmen in der gesamten Papiererzeugungs-Industrie erreichte Produktionssteigerung wird auch von Arbeitgeberseite anerkannt. Castorf, der frühere kaufmännische Direktor der Papierfabrik Penig, erkennt dieses in seinem Artikel: „Was ist in 1926 (1925/26) beim Papiermachen verdient worden?“ in Nr. 24a der Sondernummer des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ durch folgenden Satz an:

„Erfreulicherweise haben die Produktionsziffern hier und da schon einen Rekordstand erreicht, wie man ihn vor Jahresfrist kaum zu erhoffen gemagt hätte.“

Dabei muß beachtet werden, daß sich der größte Teil des Jahres 1926 noch im Zeichen sehr starker Wirtschaftsdrepression befand und daß bei Ausnützung der Anlagen noch weit höhere Produktionsziffern hätten erreicht werden können. Dieses gibt auch Castorf zu, wenn er in dem genannten Artikel folgendes hervorhebt:

„Um nun im besonderen auf die 1926er Betriebsergebnisse in der Papierindustrie zu kommen, so ließ selbst in der Zeit nun schon gehobener Wirtschaftslage der schwankende Beschäftigungsgrad verschiedener Unternehmungen erkennen, daß der Bedarf im allgemeinen unterschiedlich immer noch hinter der heutigen Leistungsfähigkeit der in den Inflationsjahren weiter ausgebauten Anlagen zurückblieb.“

Entsprechend der Produktionssteigerung seit der Friedenszeit hat sich erfreulicherweise auch

die Ausfuhr der deutschen Papiererzeugungs-Industrie

stark gehoben. Diese Tatsache ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

Ausfuhr-Jahr	Ausfuhrmenge in Tonnen	Ausfuhrwert in Mark	Ausfuhr in Prozent der Erzeugung
1926	370 000	165 000 000	22
1913	210 000	83 000 000	13

Die Ausfuhr steigerte sich im Jahre 1926 gegenüber 1913 der Menge nach um 160 000 Tonnen oder um 76,2 Prozent, dem Werte nach um 82 000 000 Mk. oder um 98,8 Prozent, der Anteil der Ausfuhr an der Produktion um 9 Prozent.

Wir haben dieser Aufstellung und Berechnung die von Castorf in dem bereits oben genannten Artikel angegebenen Zahlen zugrunde gelegt. Entsprechend der allgemein günstigen Situation hat sich infolgedessen auch

die Rentabilität der Papiererzeugungs-Industrie

gestaltet. Wir entnehmen diese Zusammenstellung gleichfalls dem Castorfschen Artikel, wobei wir uns gestatten haben, die Zahlen etwas umzustellen — ohne an den Zahlen selbst etwas zu ändern — um unseren Lesern eine leichtere Übersicht zu geben:

Zahl der Unternehmungen	Kapital in Mark	Ausgeschüttete Dividende in Mark	in Prozent
19	29 182 000	—	—
3	1 970 000	78 800	4
2	2 325 000	116 250	5
1	4 000 000	240 000	6
1	3 600 000	252 000	7
6	23 750 000	1 885 600	8
3	17 725 000	1 772 800	10
4	47 650 000	5 718 000	12
1	2 300 000	322 000	14
40	132 325 000	10 385 450	7,81

Die Zusammenstellung umfaßt die Geschäftsabläufe von 40 Gesellschaften, deren Geschäftsjahr sowohl in der Mitte des Jahres 1926 (1925/26) als auch am Ende des Jahres ab-

Konferenz der mitteldeutschen Salinen in Halle.

Eine vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands einberufene Konferenz, welche im Volkspark in Halle tagte, beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Salinen. Nach einem Bericht über den Sachstand in der Arbeitsfrage und den vom Vertreter des A. M. gemachten Abänderungsvorschlägen entstand eine rege Aussprache. Alle Delegierten waren der Ansicht, daß der Spruch, welcher eine Verkürzung der Arbeitszeit in den durchgehenden Betrieben nicht bringt, unannehmbar ist, und daß von den Arbeitnehmern die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit gefordert wird. Die von den Arbeitgebern vorgebrachte Begründung wurde eingehend besprochen und dabei festgestellt, daß sie in vielen Punkten nichtzutreffendes enthält, und daß es sich für die Arbeitgeber nur um eine längere Arbeitszeit, verlangt aus Wollst, handelt. Betriebliche Schwierigkeiten oder wirtschaftliche Notwendigkeiten für eine längere Arbeitszeit liegen nicht vor. Gewerbe- und handwerkliche Arbeitsverhältnisse wurden in der immer als Wasserbetrieb bezeichneten Saline Krügerhall in Halle festgestellt. Früher war es üblich, daß die dort Beschäftigten immer die radikalsten Forderungen stellten, heute blüht dort die Werksgemeinschaft, und wer früher Fachenträger bei der R.P.D. war, trägt heute die Fahne der Gelben. Nur hierdurch wird es verständlich, was dort vor sich geht, Dinge, die den maßgebenden Behörden allen Anlaß zum Eingreifen geben! Frauen werden dort bei schwerster Arbeit von morgens 7 Uhr bis abends 11 Uhr und auch Sonntags ohne Genehmigung beschäftigt. Wer die Überarbeit ablehnt, kommt auf die schwarze Liste. Die wenigen Organisierten haben einen schweren Stand. Mit Recht stellte die Konferenz fest, daß derartige Ausbeutung nur dort möglich ist, wo einst der Radikalismus der R.P.D. herrschte und das Organisationsverhältnis zerbrach. Wie in allen Industrien der Umgegend von Halle, herrschen auch hier traurige Zustände, und die Schutzbüden, die unter der Maske von Arbeitervertretern nach heute bei der Arbeiterchaft teilweise Umklung finden, sollten sich schämen. Ein angenommener Beschluß fordert von der Organisation das Festhalten am Achtstundentag und lehnt den Spruch, einschließlich der Zulage, ab. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, die notwendigen Maßnahmen werden ergriffen.

In der Lohnfrage wurde mitgeteilt, daß der Tarif zum 30. Juni gekündigt ist, ebenso die Gruppeneinteilung. Die Forderungen und Gruppenaufstellungen wurden vorgenommen und die Verhandlungen dürften demnächst stattfinden. Wie bei den jetzt eingetretenen Verhältnissen zu erwarten war, empfanden sich im Punkt Verschiedenes eine rege Aussprache über die Knappschaff. Hierbei zeigte sich, daß die Überlastungsarbeiten, unzufrieden mit der knappschafflichen Sozialversicherung zu sein. Es sei nur einer der vielen Beweise, die sich aus vorgelegten Lohnlisten ergaben, angeführt: Ein Sieder, welcher im Monat bei 260 Stunden Arbeitszeit 237 Mark verdient, muß sich im halberbätiger Knappschaffsverein einen monatlichen Abzug allein für die Knappschaffsbeiträge von 38 Mark gefallen lassen. Hinzu kommen noch die Abzüge für Erwerbslosenfürsorge und Steuern. Nach diesem Beitrage müßte die Einreichung in die höchste Klasse erfolgen. Aber daran denkt die Knappschaff nicht, die Einreichung erfolgt nach den neuesten Beschlüssen in Klasse IV mit einer Lohnfestlegung von 131 Mark. Es wurde nachgewiesen, daß nach der jetzigen Beitragsregelung es viele Arbeiter gibt, die ihrer Familie von einem Verdienst von 140 Mark im Monat nach Abzug der Knappschaffsbeiträge, Fahrgehalt und Erwerbslosenfürsorge, kaum 20 Mark in der Woche nach Hause bringen. Wie soll davon eine Familie leben?

Die starke Erregung, welche durch die Verhältnisse in der Knappschaff hervorgerufen wurde, kam in einem Beschluß zum Ausdruck, der von Seiten der Organisation verlangt, daß die Spitzenorganisationen auf das Untragbare der Verhältnisse hingewiesen werden, und daß alles darangesetzt wird, um der Öffentlichkeit klar zu machen, warum die Arbeiterchaft der Saline ihr Auscheiden aus der Knappschaff fordert. Bei gleicher Beitragsleistung aller Versicherten sind die Überlastungsarbeiten dadurch schwerer geschädigt, daß die Alterspension nur für die Unterlastungsarbeiten gewährt wird. Diese Ungleichheit der knappschafflichen Leistungen widerspricht den Prinzipien der Gleichberechtigung, auf denen die Sozialversicherung aufgebaut ist. Auch die Wanderversicherung ist unzulänglich geregelt.

Von den Organisationsvertretern wurde eine weitere Prüfung der Lage der knappschafflichen Versicherungen verlangt, und das Notwendige wird gefordert. Es kann unmöglich so weitergehen. Nach Erledigung einiger Anfragen über den Mantelkarif schickte Kollege Tolks das Ergebnis der Konferenz zusammen und erwähnte die Vertreter der Salinen, in der Umgebung von Halle alles daran zu setzen, um dies Organisationsverhältnis so anzubahnen, wie in den übrigen Salinen; es wird dann möglich sein, schneller bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Salinen zu schaffen. In später Nachmittagsstunde fand die auf verlaufene Konferenz ein Ende, kommende Auseinandersetzungen werden die Arbeiterchaft gerüttelt finden.
S.

läuft. Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Durchschnittsdividende von 6,94 auf 7,84 Prozent erhöht. Für die 20 Gesellschaften, deren Geschäftsabschlüsse für das Geschäftsjahr 1925/26 in der Mitte des Jahres 1926 abließen, betrug die Durchschnittsdividende bei einem Aktienkapital von 42 316 500 Mk. 6,88 Prozent. Damit hat sich unsere Voraussage in Nr. 3 des „Proletariat“, Jahrgang 1927, erfüllt, wo wir ankündigten, daß der Geschäftsabschluß für das ganze Jahr 1926 nicht ungünstiger ausfallen würde.

Ein genaues und fest umrissenes Bild für die wirkliche Rentabilität und den tatsächlich erzielten Reingewinn geben diese Dividendenausschüttungen selbstverständlich noch nicht, da erhöhte Abschreibungen und Rückstellungen darin nicht berücksichtigt sind. Dieses geht auch daraus hervor, daß von den 19 Aktiengesellschaften, die im Jahre 1926 dividendenlos blieben, nur 6 Aktiengesellschaften vorhanden sind, die Betriebsverlust in Höhe von 1 700 800 Mk. zu verzeichnen haben.

Dieser günstige Geschäftsabschluß wird auch von Unternehmerseite anerkannt. Castorf schreibt dazu:

Dagegen konnten andere Gesellschaften einen erheblich über den Durchschnitt liegenden Dividendensatz zur Verteilung bringen, so daß mit 7,84 v. H. Dividendendurchschnitt immerhin ein noch relativ befriedigendes Gesamtergebnis dabei herauskommt.

Wir haben dieser günstigen Beurteilung der Rentabilität der Papiererzeugungs-Industrie als Folge der vorher geschilderten günstigen Wirtschaftslage nichts hinzuzusetzen und können deshalb auch die nachfolgende Schlussfolgerung Castorfs fast ganz unterstreichen:

Gesichtlich gesehen, werden kommende Geschlechter dereinst es wahrscheinlich bewundern, was unser Volk nach seinen heroischen Kriegen im Felde und nach dem tiefen Fall in der Folgezeit für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft in weniger als einem Jahrzehnt geleistet hat. Die Anziehungskräfte, welche nun wieder ausstrahlen, von der Werkhilfe einer intelligenten und gut geschulten Arbeiterschaft, von der Sach- und Fachkenntnis eines mit dem Erbgute deutscher Schaffensfreudigkeit reich ausgestatteten Unternehmertums und von dem Schätze neu erworbenen Ansehens bei der Auslandskundschaft, sie geben, verstärkt durch den inzwischen wieder kaufkräftiger gewordenen Inlandmarkt eine Anwartschaft auf weitere gedeihliche Entwicklung auch unserer heimischen Papiermacherei.

Dabei verstehen wir selbstverständlich unter „dem tiefen Fall in der Folgezeit“ die Zugrunderichtung der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft durch die absichtlich herbeigeführte Inflation der Stinnes und Genovis. Wir vermögen auch das Wort von dem „Erbgut deutscher Schaffensfreudigkeit reich ausgestatteten Unternehmertum“ für die Papiererzeugungs-Industrie nicht so vorbehaltlos anzuerkennen. Die zum Teil noch außerordentlich rückständigen Einzelbetriebe, trotz der während der Inflationszeit vorhandenen leichten Möglichkeit technischer Verbesserungen, berechtigen uns zu diesem Vorbehalt. Dieses „Erbgut der deutschen Unternehmer“ ist in sehr vielen Fällen nicht bei den Kapitalbesitzern, sondern bei den kaufmännischen und technischen Angestellten, angefangen vom Werkführer bis zum Direktor, am besten aufgehoben.

Das auch der deutschen Papierarbeiterchaft in diesen Schlussfolgerungen gespendete Lob ist ja ganz nett, doch kann sich die Arbeiterchaft dafür nichts kaufen. Es muß vielmehr ungemünzt werden in Lohnerhöhungen und sozialpolitische Verbesserungen ihrer Lage. In lohnpolitischer Beziehung wird auch von Unternehmerseite zugegeben, daß die Löhne steigen müssen. Ingenieur G. Leff, Direktor der Muskauer Papierfabrik Graf Arnim in Muskau, beschäftigt diese Tatsache in seinem Artikel: „Tatsachen und Ansichten der Wärme- und Kraftwirtschaft in der Papierfabrikation“ in der gleichen Nummer des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ durch folgende Sätze:

Daß unser Löhne pro Kopf steigen, ist unabwendbar; deswegen brauchen sie noch nicht pro Tonne Produkt zu steigen. Reiblicher arbeiten und zusammenschließen, kurz mehr Selbstdisziplin und Mehrleistung von sich selbst zu verlangen, und dabei denken und überlegen, muß die Parole sein.

Dieser an die Unternehmer gerichteten Aufforderung haben wir nichts hinzuzufügen. Sie beweist, daß die Zahlung höherer Löhne auch ohne Steigerung der Produktionskosten möglich ist, wenn die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen insgesamt wirtschaftliches Denken lernen.

Dieses „wirtschaftliche Denken“ wird die Papiererzeugungs-Industriellen auch dahin führen, daß sie anerkennen, daß die achtstündige Arbeitszeit im Interesse der deutschen Papiererzeugungs-Industrie liegt, und die Produktivität und Rentabilität bei kurzer Arbeitszeit bedeutend vorteilhafter ist als die heute von vielen Papiererzeugungs-Industriellen noch immer geforderte 9- bis 12stündige tägliche Arbeitszeit nach Urgroßvaters Sitte.

Der hier geschilderte Aufschwung der Papiererzeugungs-Industrie sollte auch die deutsche Papierarbeiterchaft daran erinnern, daß sie durch völligen Zusammenschluß im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands ihren Anteil an diesem Aufschwung zu fordern und zu erkämpfen hat. Es darf ihr nicht genügen, daß sie mit billigen Unternehmerlob für ihre Intelligenz und gute technische Schulung abgepeißt wird.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Wirtschaftliche Entwicklung in England und Wales 1926.

England hatte vor dem Kriege so gut wie gar keine Zuckerindustrie. Der englische Markt wurde, soweit Rübenzucker in Frage kam, zum großen Teile von Deutschland beliefert. Deutschlands Abhängigkeit während des Krieges hat in England den Anreiz gegeben, eine eigene Rübenzucker-Industrie ins Leben zu rufen. Mit Unterstützung staatlicher Hilfe und einflussreicher Finanzkreise hat sich die Zucker-Industrie seit 1924 gut entwickelt.

Im Jahre 1924 bestanden 3 Rübenzuckerfabriken, im Jahre 1925 waren bereits 8 im Betrieb, 1926 arbeiteten 12 Rübenzuckerfabriken. Bei der Zahl der Betriebe darf keinesfalls der Maßstab angelegt werden, den wir bei den deutschen Rübenzuckerfabriken ansetzen. Denn wir bei uns noch eine Reihe alter Betriebe sehr kleinen Umfangs mit veralteten Einrichtungen, so sind die englischen Rübenzuckerfabriken alle größeren Bezuges und mit den neuesten technischen Einrichtungen versehen. Im Jahre 1927 sollen weitere 3 Zuckerfabriken fertiggestellt resp. in Betrieb genommen werden. Neben die Rübenzuckerfabriken an Zahl zugenommen, so trifft man beim Anbau in noch größerem Umfange zu. Nach einer Festlegung des englischen Ministers für Landwirtschaft und

Fischerei wurden in England und Wales ohne Schottland und Nordirland, von den einzelnen Betrieben folgende Rübenmengen verarbeitet:

Fabrik	Verarbeitete Rüben in Tonnen	
	1925/26	1926/27
Cantley	127 319	194 558
Kelham	32 208	81 014
Elly	30 179	171 358
Jpswich	21 088	139 242
Colwick	65 636	84 000
Ridderminster	28 873	54 818
Bury St. Edmunds	46 275	128 500
Willington	26 640	45 457
Poppleton (York)	—	54 702
Spalding	—	59 781
Gelstoad	—	32 635
Peterborough	—	61 640
Rüben in England gewonnen, aber in Schottland verarbeitet	—	3 559
Summa	428 213	1 102 264

Nach dieser Zusammenstellung ist die Rübenverarbeitung im letzten Jahre um annähernd das zweifache gestiegen. Das hat selbst die Hoffnungen der englischen Zucker-Industriellen übertroffen. Die Steigerung des Rübenanbaues hat einige Fabriken ermüdet, ihren Betrieb auf die doppelte Verarbeitungsmenge für das kommende Jahr umzustellen. Aber nicht nur der Gesamtanbau hat zugenommen, sondern auch der Ertrag pro Acre ist bedeutend gestiegen. Der Durchschnittsertrag betrug im Jahre 1925 nur 7,8 Tonnen, im letzten Jahre 8,76 Tonnen. Es ist mithin annähernd eine Steigerung von einer Tonne gegenüber dem Vorjahre pro Acre zu verzeichnen. Man hat also rasch gelernt, den Boden mehr auszunutzen.

Dem größeren Rübenbau entspricht auch die größere Zuckererzeugung. In raffiniertem Zucker wurde hergestellt:

Jahr	Betriebe	Erzeugung Zucker in cwts (100 englische Pfund)
1924/25	3	478 308
1925/26	8	1 032 759
1926/27	12	3 000 000

Die 3 Millionen cwts vom Jahre 1927 sind geschätzt. Gemessen an der Weltzuckererzeugung, stellt die Zuckererzeugung Englands erst einen ganz geringen Prozentsatz dar. Bedenken wir aber, daß England früher zum erheblichen Teile seinen Rübenzucker aus Deutschland bezog, dann beeinflußt das unsere Zuckerausfuhr doch schon etwas. Die englische Regierung würde sich wohl kaum bereit erklärt haben, die Zuckerproduktion zu subventionieren, wenn ihr nicht durch die Absperrung von ihrem früheren Einfuhrgebiet ihre Abhängigkeit von Deutschland in der Zuckerversorgung durch den Krieg so deutlich vor Augen geführt worden wäre.

Verschiedene Industrien

Mindestlöhne für Heimarbeiter in der Wollblumenherstellung.

Der Fachausschuß der sächsischen Kunstblumen-Industrie fällt in seiner Sitzung vom 24. Mai 1927 auf Antrag folgende Entscheidung:

Das Mindestentgelt wird für Wollblumen auf 32 Pf. pro Stunde festgesetzt. Die Akkordsätze sind danach so festzusetzen, daß normalleistungsfähige Arbeiter bei Durchschnittsleistung diesen Stundenlohn erreichen müssen.

Diese Regelung gilt ab 15. Mai 1927 bis 31. Dezember 1927. Diese Entscheidung ist einstimmig gefaßt und danach nach § 34 des Hausarbeitsgesetzes endgültig.

Fachausschuß für die sächsische Kunstblumen-Industrie.

Der Vorsitzende: gez. Dr. Opitz.

Kundschau.

Die Internationale des Großkapitals.

Die Unternehmerblätter zeigen einen besonderen Eifer, auf die deutsche Arbeiterchaft den vollen Kübel ihres nationalen Jorns auszuschütten, weil sie mit den Klassengenossen anderer Länder in Verbindung tritt. Und die gelbe Werkergemeinschafts- und Werkereineigung betont als besondere Empfehlung ihres nationalen Wesens, daß sie jede internationale Verbindung irgendwelcher Art ablehnt. Man hört aber keinen Entrüstungsturm, wenn die Unternehmer selbst internationale Verbindungen eingehen, wenn sie mit Vertretern der „Feindmächte“ nicht nur Händedrücke und Höflichkeitssprachen tauschen, sondern wichtige Verhandlungen treffen. Es erhob sich kein Entrüstungsturm gegen Dr. Quisberg, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der J. O. Farbenindustrie A.-G. und Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie, als er in der Pfingstnummer der „Deutschen Betriebszeitung“ die Notwendigkeit und Nützlichkeit internationaler Verbindungen darlegte:

„In der Tat hat die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, daß der Gedanke internationaler Vereinbarungen fruchtbar und auch weiterhin ausbaufähig ist. Nur durch solche Maßnahmen wird sich schließlich ein gesunder Interessenausgleich zwischen den natürlichen Erfordernissen der beteiligten Länder ermöglichen lassen.“

Die deutschen Unternehmer sind über die theoretischen Überlegungen zur Frage der Interessensolidarität des internationalen Kapitals längst hinaus. Im vorigen Jahre besuchten die Spitzen der deutschen Industrie ihre englischen Kollegen, die nicht nur Höflichkeitscharakter trugen. In diesen Tagen wurde der Besuch von den Engländern erwidert. Sie waren zu Gast bei Herrn von Weinberg, dem Besitzer des größten deutschen Rennstalls und sehr vieler Aktien der J. O. Farbenindustrie A.-G. Zuletzt fand bei Dr. Quisberg in Leverkusen eine dreitägige Besprechung statt.

Beteiligt waren von englischer Seite der englische Verkehrsminister Col. Ashley und eine Reihe Vertreter der verschiedenen Industrien (Chemie, Stahlindustrie, Automobilindustrie, Schiffbau, Textilindustrie u. a.). Deutscherseits werden als Teilnehmer genannt: Frowein, Kaffl, Herle, Lammer vom Reichsverband der deutschen Industrie, ferner Dr. Silberberg, Dr. Sorge und Dr. Springorum. Die leitenden Männer der deutschen Stahlindustrie scheinen nicht anwesend gewesen zu sein, nur Dr. Springorum ist als spezieller Vertreter dieser Industrie zu betrachten.

Über die Besprechungen selbst wird natürlich, wie es bei derartigen Anlässen immer der Fall ist, nicht viel mitgeteilt. Die offizielle Verlautbarung bemerkt, daß man sich über die Verhandlungen der internationalen Wirtschafts-

konferenz unterhalten habe und man grundsätzlich mit den Beschlüssen derselben einverstanden sei. Ferner wurde die Ausdehnung des internationalen Schiedsverfahrens begründet und eine Aberein-stimmung mit den Vorschlägen zu dem demnächst stattfindenden Kongreß der internationalen Handelskammer in Stockholm festgestellt. Über die Eisen- und Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Chemische Industrie und deren internationale Auswirkungen sollen allgemeine Ausprachen erfolgt sein. Man hat weiter den Plan begrüßt, einen Austausch von Professoren und Studenten vorzunehmen, um die Verhältnisse beider Länder einander näher zu führen.

Aber den für uns wichtigsten Punkt, die Arbeiterfragen, heißt es in der offiziellen Verlautbarung folgendermaßen: „Das Washingtoner Arbeitszeitabkommen wurde eingehend erörtert und die besonderen Wirkungen dieses Abkommens auf die Produktion in Großbritannien und Deutschland von beiden Seiten auseinandergesetzt.“ Das ist alles. In der „Frankf. Ztg.“ ist hierüber folgendes zu lesen:

Besprochen wurde heute ferner die Frage des Achtstundentages, wobei die englischen Vertreter sich stark beklagten über die für England aus der achtstündigen Arbeitszeit sich ergebende Benachteiligung gegenüber Ländern, die noch nicht zu dieser Arbeitszeit übergegangen seien, insbesondere auch gegenüber der deutschen Industrie. Von deutscher Seite wurde demgegenüber auf die starke Vorbeklastung der deutschen Industrie durch die Reparationsleistungen hingewiesen, die nur durch erhöhte Arbeitsintensität zum Teil ausgeglichen werden könnte. Auch wurde auf die Ungeklärtheit der künftigen Entwicklung der deutschen Verhältnisse in dieser Sache, mit Rücksicht auf die bevorstehende endgültige Arbeitszeiterfassung, hingewiesen.

Die internationale Verbindung der Unternehmer richtet ihre Spitze gegen die sozialen Bestrebungen der Arbeiterchaft. Der Klassenkampf erhält einen stärkeren internationalen Charakter. Das dürfte im weitestlichen der wichtigste Erfolg der Leverkusener Besprechungen sein.

Dichter oder Kleinbürger?

Im Matheft der Werkzeitung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. „Das Werk“, befindet sich ein Leitartikel von Ernst Zahn, betitelt „Arbeit“. Darin erzählt der Dichter, daß er einsam auf einem Berge lebe, und er sich trotz aller Abgeschlossenheit einbewahrt habe: die Freude an der Arbeit. Nachdem er ein Loblied auf die Arbeit gesungen, fährt er fort:

„In der Zeitung lese ich, daß Streit ist unter den Menschen um die Dauer der Arbeit, Streit, wieviel Stunden am Tage die Arbeit währen soll. Wie merkwürdig mich das anmutet! Die Menschen sind uneinig, wie lange ihr Glück dauern soll? Mein Vater und meine Mutter, das ist mir gerade jetzt deutlich wie nie, standen im Joch dieser Arbeit den langen Tag und oft tief in die Nacht hinein, sie konnten nicht Arbeitsstunden und Feststunden; denn ihr Werk war schwer, und da niemand es für sie tat, mußten sie es selber tun. Aber sie klagten nie. Sie waren freundliche, zufriedene Leute, und als sie alt wurden und ruhen mußten, sprachen sie: Wie schön war doch das damals, als der Tag keinen Abend hatte! — Und die Menschen streiten, wie lange ihr Tagewerk währen soll!...“

Ernst Zahn ist ein Dichter, der sich einen Namen in der deutschen Literatur erworben hat. Seine Romane und Novellen sind auch in der Arbeiterchaft bekannt. Die Arbeiterpresse hat manches von ihm abgedruckt. Manche seiner Frauengestalten sind sehr gezeichnete Charaktere, gültig wie die Taler und zugleich herb und hart wie die Berge seines Schweizer Vaterlandes. Wir schätzen die Schönheit und Ausgeglichenheit seines Profils.

Ernst Zahn verband bis vor einige Jahren sein dichterisches Schaffen mit dem Gastwirtsberuf. Er war Bahnhofsvorsteher auf irgendeinem schweizerischen Bahnhof. Uns scheint, als ob in den obigen Auslassungen nicht die Hand des Dichters, sondern die des Gastwirts, des Kleinbürgers die Feder geführt hat. Als Dichter hätte ihn sein dichterisches Einfühlungsvermögen in die Seele jener Menschen verfehen müssen, die bei schwerer eintöniger, geistloser Arbeit in Staub- und giftgeschwängerten Räumen zwischen kaltem Eisen und Stein ihr Leben zubringen müssen, die sich aber aus Selbstachtung, aus dem Bewußtsein ihres Menschseins dagegen wehren, durch übermäßige Arbeitszeit zum rein tiermäßigen Dasein herabzusinken. Einen solchen Zustand als glücklich zu betrachten, ist eine Beleidigung des Menschentums im Industriegebiet.

Auch wir kennen ein Glück der Arbeit, des freigestellten Schaffens für eine Sache, die wir lieben. Diese Freude an der Arbeit wächst aus der Hingabe der Persönlichkeit an eine große Idee. Aber diese Blume edelster menschlicher Kultur kann nicht in der Lohnklaverel der Fabriksäle, der Bergwerke und Werkstätten des Großkapitals, in der Luft raffiniertester Ausbeutungstechnik gedeihen, sondern nur in der Freiheit.

Den Dichter Ernst Zahn in Ehren. Das, was er für die Werkergemeinschaftszeitung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. geschrieben hat, ist die Arbeit des Kleinbürgers, des im Aufstehende lebenden Gastwirts Ernst Zahn. Seine Kronzeugenschaft für unbegrenzte Ausbeutung und endlosen Arbeitstag bleibt auf die Arbeiterchaft ohne Eindruck. Sie beschämt aber den Dichter Ernst Zahn.

Verbandsnachrichten.

Ausschluß.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a unseres Verbandsstatutes folgende Mitglieder der Zahlstelle Magdeburg: Otto Melke, Buch-Nr. 749 534; Hermann Rödel, Buch-Nr. S II 214 978; Adolf Boldau, Buch-Nr. S II 101 420; Paul Krenzlor, Buch-Nr. S II 764 761; Gustav Funke, Karten-Nr. 605 589; Adam Toll, Karten-Nr. 605 588; Hermann Dieße, Karten-Nr. 605 586; Karl Lepzig, Karten-Nr. 605 585.

Mitgliedsbuch gestohlen!

Dem Kollegen Mathias Hess in Freiburg i. Br., Buchnummer II 55 653, eingetreten am 25. April 1919, ist das Mitgliedsbuch gestohlen. Falls der Dieb verfangen sollte, mit Hilfe dieses Buches Unterstützung zu erschwandeln, so ist es ihm abzunehmen und seine Verhaftung zu veranlassen.

Literarisches.

Grundfragen des Arbeitsrechts. Fünf Vorträge von Hugo Sinzheimer, Georg Flatom, Heinz Posthoff, Klemens Wörpel, Eug Richter. Herausgegeben von Gertrud Gernes. 56 Seiten. 1927. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., 1,50 Mk. — Die Broschüre will den Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen arbeitsrechtlichen Praxis und der Wissenschaft befestigen. Nach einer allgemeinen Einleitung von Sinzheimer, die in den Geist und die Grundprobleme des Arbeitsrechts einführt, behandelt Flatom die geschichtliche Entwicklung und den heutigen Stand des Arbeitsrechts, Posthoff den von der Arbeiterchaft zu fordernden Ausbau, Wörpel die Stellung und Aufgaben der Gewerkschaften. Ein Schlusskapitel von Eug Richter ist der Praxis des arbeitsrechtlichen Unterrichts gewidmet.